Palästeinenserstaat blockiert

Zum Hintergrund des Problemkomplexes "Israel - Palästina"

Die deutschen Übersetzungen wurden von den NAHOST NACHRICHTEN der "Kritischen Jüdischen Stimme" (Österreich) ("European Jews for a Just Peace -EJJP", Austria) verbreitet.

„Die Vereinten Nationen abermals vor Kapitulation
oder Glaubwürdigkeit“

Greg Felton in
„Politics Unspun“ (Kanada), 22.07.11

„Ende Mai haben
bereits 122 Staaten sich für die Anerkennung eines palästinensischen Staates
ausgesprochen, mindestens 135 – mehr die notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit –
sind bei der Abstimmung in der UN-Vollversammlung am 20. September zu erwarten.
Es gibt zwar keine moralischen, rechtlichen oder logischen Gründe dagegen zu
stimmen, doch sind Moral, Recht und Logik kaum von Bedeutung, wenn es um
Palästina geht. Israel und seine Klientenstaaten versuchen die UN und ihre
Mitgliedsstaaten zu traktieren, zu bestechen und zu erpressen gegen eine
Anerkennung zu stimmen. Vor einigen Wochen bestach Israels Premier Minister
Netanjahu Rumänien und Bulgarien mit Arbeitserlaubnis in Israel für je 1200
Bürger dieser Länder.

Es ist die gleiche Strategie der zionistischen
Lobby wie im Jahre 1947, um die Vereinten Nationen zur Gründung des Staates
Israel zu zwingen. Damals standen auf der einen Seite jene, die für eine
Teilung Palästinas eintraten aufgrund der Judenverfolgungen und -vernichtungen
in Hitlers Drittem Reich. Auf der anderen Seiten Staaten, die diesen Plan als
höchst völkerrechtswidrig ansahen, als Verstoß gegen die grundlegenden
Rechtsprinzipien der Vereinten Nationen. Am 25. November 1947 merkte die
zionistische Lobby, daß sie nicht über die nötige Mehrheit in der
UN-Vollversammlung verfügte. Daher mußte sie zu außerordentlichen Mitteln
greifen. Vijayalakshimi Pandit, Leiterin der indischen Delegation und Schwester des indischen Premier Ministers
Jawaharlal Nehru, erhielt täglich Todesdrohungen als Warnung. Jedoch weigerte
sich Nehru für die Teilung zu stimmen, trotz Drohungen und lukrativer

Bestechungsangebote. Kleinere Länder konnten sich es nicht leisten, ihre Zustimmung zu versagen wie Liberia, die Philippinen oder Haiti, die finanziell von den U.S.A. abhingen (Anmerkung: Frankreich wurde mit dem Entzug der Hilfe durch den Marshallplan gedroht). Ohne den Druck seitens der U.S.A. auf Länder, die amerikanische Repressalien nicht in Kauf nehmen konnten, wäre die Resolution zur Gründung Israels nicht durchgegangen. Auf diese Weise erlangte der Teilungsplan – UNGA Resolution 181 – die nötige Mehrheit – 33 für, 13 dagegen, 10 Enthaltungen, 1 Abwesenheit – ein klarer Verstoß gegen die UN Charta, da sie kein Mandat besitzt, Land einem Volk wegzunehmen und es einem anderen zuzuweisen.

Als Resultat wurden zwischen 700.000 und 800.000 Palästinenser zwischen dem 29. November 1947 und Dezember 1948 zu Flüchtlingen in ihrem eigenen Land....Der israelische General Mosche Dayan gab später zu: „Es gibt keinen einzigen Ort in diesem Land, in dem es keine Palästinenser gab“. Wohl der bedeutendste Aspekt der Resolution 181 ist, daß sie nie vom UN-Sicherheitsrat ratifiziert wurde. Sie ist nichts weiter als eine „recommendation“, die nie angenommen wurde. Bedeutet dies, daß die Gründung Israels rechtlich null und nichtig ist? Selbst wenn die Resolution 181 durch Magie legitim gemacht würde, wäre dies ein Beweis, daß auch ein palästinensischer Staat existiert, denn die Resolution spricht wiederholt von einem „jüdischen“ und einem „arabischen“ Staat!

Gegenwärtig soll durch das gleiche Traktieren, Bestechen und Erpressen seitens Israel und der U.S.A. die Anerkennung eines palästinensischen Staates verhindert werden. Die amerikanische UN-Delegierte Susan Rice erklärte, diese Anerkennung stelle die bisher größte (!) Bedrohung für die weitere Unterstützung der UN durch die U.S.A. dar. Die Mehrheit der Mitglieder des U.S. Senats droht, jegliche finanzielle Hilfe an die Palästinenser zu streichen. Keine dieser Drohungen dienen dem nationalen Interesse der U.S.A. noch dem Weltfrieden...“

(Anmerkung: die Anerkennung würde vor allem bezeugen, daß die Mehrheit der UN-Mitgliedsstaaten die Kolonisierung und die Enteignung palästinensischen Landes als rechtswidrig ansieht. Palästina hätte vollen Zugang zu den internationalen Organisationen auf Gebieten wie Kultur, Gesundheit u.a. wie auch zum Internationalen Strafgerichtshof, was Israel verzweifelt zu verhindern sucht).

„Das Scheitern des Quartetts im Nahen Osten“

Laurent Zecchini in „Le Monde“(Paris),15.07.11

„Die Illusion
dauerte nicht einmal 24 Stunden. Am 12.07 mußten die U.S.A., die EU, Russland
und die U.N. sich mit dem Scheitern ihres Treffens in Washington abfinden. Zu
groß waren die Differenzen zwischen den U.S.A. und den anderen
Quartettpartnern. Das Treffen sollte die „letzte Chance“ vor der Abstimmung in
der UN-Vollversammlung über die Anerkennung eines palästinensischen Staates
sein, eine Perspektive, die die Quartettmitglieder beunruhigt: die U.S.A., die
ein Veto dagegen im Sicherheitsrat einlegen werden, die Europäer, weil ihre
Uneinigkeit offensichtlich wird. Frankreich, Spanien und Belgien werden
angeblich dafür stimmen, Deutschland und Italien dagegen. Washington hatte
einen Entwurf einer Erklärung vorbereitet die, so ein europäischer Diplomat,
die die israelische Position wiedergab, nämlich die Forderung Israels, die
Palästinenser müßten Israel als den „Nationalstaat des jüdischen Volkes“
anerkennen wie auch Präsident Obamas Vorschlag eines palästinensischen Staates,
beruhend auf den Grenzen von 1967 mit Gebietsaustausch. Die anderen bestanden
auf „Parametern mit genau gezogenen und ausgewogenen Grenzen für beide Seiten.
Netanjahu würde angeblich den Grenzen von 1967 zustimmen, vorausgesetzt, daß
Israel die bevölkerungsreichsten Siedlungsgebiete im Westjordanland sich
einverleiben könnte...

Israel droht, im
Falle der Anerkennung, jegliche Zusammenarbeit, insbesondere auf
wirtschaftlichem Gebiet, mit den Palästinensern einzustellen.... Repressalien
gegen die Palästinenser würde die internationale Isolierung Israels nur vergrößern.
Die Frustration der palästinensischen Bevölkerung wäre beträchtlich, wenn sie
keine Wendung zum Besseren verspürt und könnte in einer neuen Gewaltspirale
enden...“

(Anmerkung: Sollte Israels Forderungen nachgegeben
werden, bliebe nur wenig für einen palästinensischen Staat übrig, denn Israel
kontrolliert, mit Ausnahme von vier Kantonen um die größten palästinensischen
Ortschaften, rund 60% des Westjordanlandes. Auch wenn eine Vollmitgliedschaft
eines palästinensischen Staates durch das amerikanische Veto verhindert wird,
kann durch eine Mehrheit in der UN-Vollversammlung der Status eines „beobachtenden
Nichtmitgliedstaates“ – wie der Vatikan – erzielt werden, und damit – wie bereits erwähnt -
Zugang zu allen
internationalen Institutionen. Dies ist übrigens der jüngste Vorschlag der EU,
berichtet in „Le Monde“ (Paris) vom 08.09.11. Der Status der
Palästineneser würde sich dadurch
deutlich bessern).

Eine Minderheit unter den politisch aktiven Palästinensern
wie auch unter manchen israelischen Friedensaktivisten findet die
Zwei-Staaten-Lösung unter den gegebenen Umständen unrealistisch, wie der
folgende Artikel (Auszüge) „Ein palästinensischer sekulärer Staat“, von Sam
Bahour im „Guardian“ (London) vom 04.08.zeigt. (Übersetzt von Ellen Rohlfs).

„ ...Jeder ehrliche
Beobachter würde die klare Schlußfolgerung ziehen, daß Israel keine Absicht
hat, den Palästinensern zu gestatten, eine neue Realität vor Ort zu schaffen,
eine durchführbare Lösung dieses Konflikts. Noch sind die Mächte, besonders die
EU und die U.S.A. ernsthaft bemüht, den Konflikt auf der Basis des
internationalen Rechts zu beenden. Die Diplomatie hat die Palästinenser
zutiefst enttäuscht und läßt sie mit weniger Land und weniger Wasser, noch
zerrissener, ärmer, in Uneinigkeit und schwindender Hoffnung... Diejenigen, die
behaupten, die palästinensische Führung zu sein, haben keine Tricks mehr, um
weitere Verhandlungen mit dem Besatzer zu rechtfertigen. Deshalb... beantragen
sie Mitgliedschaft des Staates Palästina in den Vereinten Nationen. Die
zugrunde liegende politische Tatsache – die UN-Resolution 181 – versuchen sie
wiederherzustellen: die Zwei-Staaten-Lösung für diesen Konflikt. Der Schritt.. .ist
aber zum Scheitern verurteilt...Die Realitäten vor Ort haben sich seit 1947
drastisch verändert. Israel ist es mit der blinden Unterstützung der U.S.A.
gelungen, diese Lösung unmöglich zu machen.

Die Palästinenser
sehen Israel als das an, was es ist: eine koloniale Siedler-Apartheidbewegung,
die sich an eine rassistische, exklusive Ideologie anlehnt, die nicht zuläßt, daß zwischen dem Mittelmeer und dem Jordan ein anderer Staat entsteht oder den
palästinensischen Flüchtlingen erlaubt wird in ihre Heimat zurückzukehren oder für ihre
Leiden eine Wiedergutmachung zu erhalten, wie es als Bedingung gefordert wurde,
als die U.N. Israel am 11. Mai 1948 als Mitgliedsstaat aufgenommen hat. Wenn
der Schritt zur palästinensischen Mitgliedschaft in den U.N. erst einmal
anläuft, wird ein neues Paradigma Wurzeln fassen, was Israel fürchtet: denn es
sieht Palästinenser und Israelis als Gleiche an. Durch diese Änderung könnten
die Palästinenser ihren Wunsch nach einem unabhängigen Staat in einem Bruchteil
ihrer historischen Heimat fallen lassen und Selbstbestimmung in ihrer Heimat
fordern, selbst wenn diese heute Israel genannt wird. Sie sind damit dabei zum
Ausgangspunkt zurückzukehren: der Ruf der PLO vor dem Oslo-Abkommen nach einem
gemeinsamen sekulären demokratischen Staat...“

(Anmerkung: Dies mag gegenwärtig utopisch klingen,
doch wo soll ein palästinensischer Staat entstehen, wenn Israel nicht bereit
ist seine Siedlungen auf enteignetem palästinensischen Land aufzugeben und das
Jordantal weiterhin besetzt halten will? Kommt es zu keinem eigenen Staat, kann
Israel kaum langfristig – auch angesichts des starken demographischen Wachstums
der Palästinenser und der Entwicklungen in der arabischen Welt, die
palästinensische Bevölkerung in einem
Zustand ewiger Rechtlosigkeit belassen).

„Das U.S. Leahy Law“ fordert gleiches Recht für alle
Länder, auch für Israel“

Josh Ruebner in „The Hill“ (Washington), 17.08.11

„Das sogenannte
„Leahy Law“ untersagt den U.S.A. die Lieferung an „ jede Einheit von
Sicherheitskräften, die sich grober Menschenrechtsverletzungen schuldig machen
und über die der Staatssekretär glaubwürdige Beweise hat.“ In der Vergangenheit
wurde aufgrund dieses Gesetzes, die Militärhilfe an so unterschiedliche Länder
wie Indonesien, Kolumbien, Pakistan, die Philippinen ausgesetzt...Senator Patrick
Leahy fordert nun ein Aussetzen von U.S. Fonds an drei israelische
Militäreinheiten, die Menschenrechtsverletzungen begangen hatten, und zwar die
„Shavetet 13“ der israelischen Marine, die Einheit der Geheimagenten „Duvdevan“
und die Einheit „Shalang“ der Luftwaffe. Die Nennung dieser Einheiten ist ein
Beweis. daß Leahy vom Staatssekretär über
Verletzungen der Menschenrechte durch diese drei Einheiten unterrichtet
wurde. Ist das der Fall, so könnte dies
zu einem schon längst fälligen Wendepunkt kommen, nämlich nun Israel, den größten
Empfänger amerikanischer Militärhilfe, für seine systematischen
Menschenrechtsverletzungen gegenüber den Palästinensern der besetzten Gebiete,
zur Rechenschaft zu ziehen.

Während der letzten
Jahrzehnts haben mindestens fünfmal Mitglieder des U.S. Abgeordnetenhauses ihre
Regierungsbehörden ersucht, Israels Mißbrauch amerikanischer Waffen zu
untersuchen. Die einschlägige Abteilung weigerte sich aber, die Dokumentation
bezüglich der Untersuchung freizugeben, trotz der Forderung der „U.S. Campaign
to End the Israeli Occupation“ und dies im Namen des „Freedom of Information
Act“ zu tun. Laut den Angaben dieser Organisation haben die U.S.A. zwischen
2000 und 2009 über 24 Milliarden aus amerikanischen Steuergeldern Israel zugesprochen,
. davon 670 Millionen für Waffen und militärische Ausrüstung. In den Jahren
2007- 2009 lieferten die U.S.A. an Israel 47 Millionen Stück Munition, genug
jeden Palästinenser in den besetzten Gebieten zehn Mal zu töten. Laut der
israelischen Menschenrechtsorganisation „B’tselem’, tötete das israelische
Militär von September 2000 bis Dezember 2009, 2,969 Palästinenser, die an
feindseligen Auseinandersetzungen nicht beteiligt waren, darunter 1,128 Kinder
wie die 10-jährige Abir Aramin, die am Schulweg in den Hinterkopf geschossen
wurde. Die U.S.A. müssen die mit dem Geld amerikanischer Steuerzahler
finanzierten Waffenlieferungen an Israel einstellen und es wegen Gesetzesbruch
zur Rechenschaft zu ziehen wie jedes andere Land.“

(Anmerkung: Dazu wäre noch auf eine Aussage des
früheren U.S.Verteidigungsministers Gates hinzuweisen, der Israel als
„undankbaren Alliierten“ bezeichnete, als ein Land, das nie eine Gegenleistung für die massive U.S.Hilfe
erbracht hatte“ Auch Israels Bemühungen, die U.S.A. in einen Krieg mit dem Iran
zu verwickeln, wurden erwähnt, wie die „U.S.A., ein unehrlicher Vermittler
(dishonest broker) in den Händen des pro-israelischen Abgeordnetenhauses und
christlich-zionistischer Kräfte“).

„“Die Anklage der New York Times“ oder „Bakschisch
für die Türsteher“

Uri Avneri, israelischer Friedensaktivist und Publizist,
22.07.11

„Die „New York
Times“ (NYT), wahrscheinlich die „proisraelischste Zeitung“ der Welt, außerhalb Israels, in der nie Israelkritisches steht, veröffentlichte diese Woche einen wütenden israelkritischen Leitartikel. Der Grund ist das von einer Mehrheit im israelischen Parlament (Knesset) beschlossene Gesetz, das Israelis Aufrufe zum Boykott der jüdischen Siedlungen im Westjordanland verbietet. Dieses Gesetz, so die NYT, ist „antidemokratisch und verstößt gegen grundlegende Menschenrechte“, um so mehr als es das jüngste einer Reihe antidemokratischer Gesetze der letzten Monate ist. Ferner: „Israel ist in Gefahr seinen Anspruch auf seinen Titel ‚einzige Demokratie im Nahen Osten’ zu verlieren.“

Die Reaktion auf
diesen Leitartikel ließ nicht auf sich warten. Der rechtsradikale Klüngel, der unter der Führung des Ministers Avigdor Lieberman die Knesset beherrscht, beschloß in einer Resolution die Ernennung zweier Kommissionen, die die finanziellen Quellen von
linksgerichteten Menschenrechts-NGOs untersuchen sollen....Noch am Vortag hatte Benjamin Netanjahu erklärt, er billige das „Anti-Boykott“ völlig, gab sich sogar als einer der Urheber aus. Doch nach Erscheinen des Leitartikels der NYT wendete sich das Blatt völlig. Netanjahu und fast alle seiner Kabinettmitglieder stimmten gegen das Boykottgesetz, doch die Resolution bezüglich der NGOs blieb aufrecht...

Ein neues, für
Israel ungewöhnliches, Ereignis brach heran. Es begann mit einem Streik der israelischen Konsumenten gegen den sprunghaft verteuerten populären „Cottage“-Käses; sie kauften ihn nicht mehr, worauf die Produzenten den Preis wieder senkten. Dies war gefolgt von einer Massendemonstration junger Israelis, meist Studenten, die gegen die unzumutbaren Preise für Wohnungen und gegen das mit den Jahren immer mehr geschwächte Sozialsystem protestierten...“

(Anmerkung: In der Zwischenzeit ist der Protest zu
einer Massenbewegung geworden, an die sich auch die israelischen Mittelschichten angeschlossen haben, unterstützt, laut Umfragen, von 80% aller Israelis wie auch von den Medien. Die Demonstranten fordern höhere Löhne, Preissenkungen, ein besseres Gesundheitssystem, soziale Gerechtigkeit und ein Ende des Monopols einer Handvoll von Milliardären, die fast die gesamte Wirtschaft des Landes kontrollieren. Völlig überrumpelt, versprach Netanjahu eine Revision seiner neoliberalen Wirtschaftspolitik, dessen Urheber er war, und Reformen, die aber von vielen als Bluff abgetan werden, mit dem Argument er höre nur auf die großen Unternehmer, die ultraorthodoxen Juden und auf die Forderungen der Siedler. Die Demonstrationen, wie Gideon Levy in der Zeitung „Haaretz“ vom 08.09. berichtet, beginnen jedoch abzuebben: „Die Mittelschichten haben eingepackt und ziehen ab, es bleiben nur die wirklich Obdachlosen übrig, die keine Bleibe haben... Die Revolution ist vorbei und unvollendet.“ Trotz der

anscheinenden Prosperität Israels, leben rund 25% der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze. Die soziale Ungleichheit ist eine der höchsten unter den OECD-Staaten).

„Die israelischen Gerichte müssen mit der anti-arabischen Diskriminierung aufhören“

Leitartikel in „Haaretz“ (Tel Aviv), 03.08.11 (übersetzt von Ellen Rohlfs)

„Die israelischen Gerichte diskriminieren israelische Araber. Wenn es je darüber Zweifel gegeben hat, so stellte dies eine umfassende Studie – die erste dieser Art – fest. Die Studie wurde von der israelischen Gerichtsverwaltung und der „Israel Bar Association“ in Auftrag gegeben. Laut der Studie wird Arabern öfter Gefängnisstrafe gegeben, die dieselbe Straftat begangen haben. Araber erhalten auch längere Strafen als Juden.... Wenn Araber sich vor Gericht erregen, werden sie wahrscheinlicher für schuldig befunden und erhalten eine schwerere Strafe als ein Jude normalerweise erhält.

Dies ist nicht nur eine Sache von Diskriminierung aufgrund der nationalen Identität oder von Staatsdiskriminierung. Sie liegt am Gerichtssystem selbst, von dem man annimmt, daß es der Gesellschaft als Vorbild von Recht und Gerechtigkeit dient. Die israelischen Richter dürfen sich nicht erlauben, vom Rassismus, der sich in der israelischen Gesellschaft ausbreitet, angesteckt zu werden. Im Gegenteil: das Rechtssystem muß gegen diese moralisch verwerfliche Haltung ankämpfen. Arabische Staatsbürger müssen in jeder Hinsicht die gleichen Rechte haben – vor allem, wenn es um die Durchführung des Rechtssystem geht... Diese grundsätzliche Voraussetzung wird gegenwärtig nicht eingehalten....

„Presseaussendung der „Friends of the Jenin Freedom Theatre“, 18.08.11

(Anmerkung: Vor einigen Monaten wurde der Direktor des Theaters Juliano Mer-Khamis, Sohn eines palästinensischen Vaters und einer jüdischen Mutter, von bisher unbekannten Tätern erschossen. Jenin ist eine Ortschaft im besetzten nördlichen

Westjordanland.).

„ 267 Künstler und
Kunstfreunde, einschließlich Dutzende prominente Dramaturgen, Schauspieler, Theaterdirektoren, Filmemacher, Produzenten aus Israel, den U.S.A., Neuseeland, England und anderen Ländern, unterzeichneten einen öffentlichen Brief an die israelischen Behörden, in dem sie gegen die tätlichen Angriffe israelischer Militärs gegen das „Jenin Freedom Theatre“ heftig protestierten. Sie nannten das Theater einen „Lichtstrahl“, der es der Jugend einer von Kämpfen und Zerstörung schwer mitgenommenen Stadt die Möglichkeit gibt, ihre Kreativität zu entfalten. Der Brief appelliert an die Militärbehörden die Verhafteten entweder freizulassen oder die Anklage gegen sie zu veröffentlichen und das Theater für die durch den Angriff entstandenen Schäden zu entschädigen.

Der Brief ist eine
Antwort auf den Angriff einer israelischen Militäreinheit auf das Theater am 27.07.11 um 3.30 morgens. Die Soldaten schleuderten Steine auf das Theater und brachen die meisten Fensterscheiben. Der
Manager des Theaters wurde verhaftet wie auch der Vorsitzende des Aufsichtsrates, dessen Haus durchwühlt und beschädigt wurde. Ein neuerlicher Angriff auf das Theater und auf dort beschäftigte Personen fand am 22.08. statt. Einer der Theaterwächter wurde verprügelt, in Handschellen abgeführt und sein Haus geplündert. Dies geschah nach einem Militärgerichtsverfahren am 21.08., in dem eindeutig festgestellt wurde, daß die Verhafteten nichts mit dem Mord an Juluiano Mer-Khamis zu tun hatten und daher entlassen wurden.

(Anmerkung: Wie die Journalistin Amira Hass im
„Haaretz“ (Tel Aviv) vom 12.08 berichtete, überschreitet der israelische Sicherheitsdienst Schin Bet in diesem Fall seine Befugnisse in der Untersuchung des Mordes an Mer-Khamis, da diese Tat nicht als ein Sicherheitsverbrechen angesehen werden kann. Schin Bet begann seine Untersuchung vier Monate nach dem Mord, nachdem die Palästinensische Autonomiebehörde keine Fortschritte in seiner Aufdeckung erzielte. Mer-Khamis wohnte und arbeitete zwar in Jenin, wo er ermordet wurde, war aber israelischer Staatbürger. Wie einer der schwedischen Mitbegründer des Theaters erklärte, „ haben entweder die israelische Armee und der Sicherheitsapparat in ihrer Untersuchung nichts erreicht, oder haben sie die Absicht dem Theater zu schaden. Es soll nicht länger von der Repression ausgenommen sein, der die gesamte palästinensische Gesellschaft ausgesetzt ist“).

„Wie sich Israel an steinewerfenden Kindern rächt“

Katrina Stewart in „The Independent“ (London), 31.08.11

(Der Bericht beruht zum
Teil auf einem von dieser Zeitung gesichteten Video),

Auszüge:

„Israel behauptet,
daß sich die Behandlung minderjähriger Palästinenser seit der Errichtung eines
Militärjugendgerichts vor zwei Jahren stark verbessert hat. Doch die Kinder,
die die grausame „Gerechtigkeit“ der Besatzung am eigenen Leibe erfahren haben,
wissen davon nichts. „Das Problem beginnt mit der Verhaftung, also lange bevor
das Kind vor Gericht gebracht wird,“ so Naomi Lalo von der Organisation „No
legal Frontiers“. „Während des Verhörs wird bereits über das Schicksal des
Kindes entschieden.“ In den meisten Fällen werden die Kinder, oft
12-jährige, nachts von Soldaten aus dem
Bett gerissen, gefesselt, die Augen verbunden, des Schlafs und des Essens
beraubt, langen Verhören unterworfen, in denen sie aufgrund von Photos
beschuldigt werden, Steine auf Militärfahrzeuge geworfen zu haben und dann
gezwungen ein Geständnis zu unterschreiben, - in hebräischer Sprache, die sie nicht
lesen können.

Laut der
israelischen Menschenrechtsorganisation „B’tselem,“ „wird gegen die Rechte Minderjähriger verstoßen.
Das Gesetz schützt sie nicht und die wenigen Rechte, die das Gesetz vorsieht,
werden nicht beachtet.“ Israelis gelten
als Kinder bis zu 18.Lebensjahr, Palästinenser werden ab dem 16. Lebensjahr als
Erwachsene angesehen. Über 200 palästinensische Kinder befinden sich in
israelischen Strafanstalten...Israels Methoden sind insofern erfolgreich, indem
sie den Kindern Angst einjagen und sie vielleicht von Demonstrationen abhalten.
Doch sind die Kinder in der Folge traumatisiert, leiden unter Albträumen und
Bettnässen... Die meisten verlieren ein ganzes Schuljahr oder verlassen die
Schule. „Mein Land“, so Naomi Lalo, „begeht so viel Unrecht und versucht sich
zu rechtfertigen. Wir sollten ein Beispiel sein, sind aber ein
Unterdrückerstaat.“

(Anmerkung: Seit dem Jahr 2000 wurden 7000 Kinder
inhaftiert und von Militärgerichten angeklagt. An 87% der Kinder wurde während
der Haft Gewalt ausgeübt. 62% wurden zwischen Mitternacht und 5 Uhr morgens
verhaftet).